Ressort: Vermischtes

Türkische Regierung erhöht Druck im Streit um NSU-Prozess

Ankara/München, 31.03.2013, 00:00 Uhr

GDN - Im Streit um die Platzvergabe beim NSU-Prozess erhöht die türkische Regierung den Druck auf Deutschland. Nach Informationen von "Bild am Sonntag" verlangte Außenminister Ahmet Davutoglu am Samstag in einem Telefonat mit seinem Amtskollegen Guido Westerwelle, dass nicht nur Vertreter türkischer Medien, sondern auch Abgeordnete des türkischen Parlaments an dem Prozess gegen Beate Z. in München teilnehmen können.

Den Informationen zufolge verwies Westerwelle auf die richterliche Unabhängigkeit, äußerte aber Verständnis für den Wunsch. Im Gespräch mit Davutoglu sagte er: "Größtmögliche Klarheit und Offenheit bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der schrecklichen Taten der NSU sollten uns angesichts der traurigen Vorgeschichte ein ganz wichtiges Anliegen sein." Der Terrorzelle werden acht Morde an türkischstämmigen Migranten zur Last gelegt. Das Münchner Gericht weigert sich bislang, feste Plätze an türkische Journalisten zu vergeben.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-10922/tuerkische-regierung-erhoeht-druck-im-streit-um-nsu-prozess.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619